

Editorial

Die gegenwärtige Entwicklung von Weltwirtschaft und internationaler Politik ist durch eine Tendenz zu Deglobalisierung sowie durch wachsende wirtschaftliche und politische Spannungen zwischen den kapitalistischen Zentren des Westens und aufstrebenden Staaten des »globalen Südens«, durch einen neuen »Kalten Krieg« und wachsende Kriegsgefahr gekennzeichnet. Überall sind neue Eskalationsstufen zu registrieren – in Europa mit der ankündigten Stationierung gegen Russland gerichteter US-Raketen auf deutschem Boden, im Nahen Osten ebenso wie durch die wachsende Konfrontation und Blockbildung des Westens gegenüber China.

In den entwickelten Zentren, aber auch vielen peripheren Ländern des globalen Kapitalismus, ist unter dem Eindruck der multiplen Krise (vgl. Z 136) das Erstarken rechter, z.T. neofaschistischer Bewegungen und Regime zu beobachten: »Durch die Kapitalmetropolen ... verläuft eine Welle antidemokratischer ... Politik, die sich aus der Unzufriedenheit breiter Bevölkerungsteile ... speist und sich als Abwendung von den »alten«, demokratischen Parteien manifestiert«, konstatiert *Frank Deppe*. Er fragt nach den Ursachen dieser Rechtsverschiebung. Seine These: Der Übergang von der langen Welle (neo-)kapitalistischer Expansion im letzten Viertel des 20. Jhrh. in eine depressive Welle seit der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008/2009 determiniert auch die politische Krise der repräsentativen Demokratie. Die strukturelle Überforderung des Staates als Krisenmoderator fördert allerorten eine Verschiebung zum »autoritären Kapitalismus« (Primat der äußeren und inneren Sicherheit, Aufwertung des Nationalismus etc.). *Andreas Fisahn* (»Repression, Autoritarismus, Kapitalismus«) untersucht die gegenwärtige autoritäre »Renaissance«. Die Entwicklung von Rechtsstaat und Demokratie in Deutschland lasse sich nicht mit einer simplen Zerfallsgeschichte skizzieren. Während der Rechtsstaat im Fordismus repressiver gewesen sei als im Neoliberalismus, sei die Demokratie in der fordistischen Periode »inklusiver und offener« gewesen. Einiges deute darauf hin, dass wir uns derzeit in einer Transformation zu einem post-neoliberalen Stadium befinden, in dem Repression als Form von Herrschaftsausübung an Bedeutung gewinnt.

Die Qualität des Wirtschaftsstandorts Deutschland liegt Expertenbefragungen zufolge nur noch im europäischen Mittelfeld. Für die nächsten Jahre wird eine weitere Verschlechterung erwartet. Diese von allen Kapitalfraktionen geteilte Sicht bestimmt die aktuellen wirtschaftspolitischen Debatten. Regierung und Opposition beileben sich, Unternehmensforderungen nach weniger Regulierung, niedrigeren Unternehmenssteuern und Reduzierung der Sozialausgaben nachzukommen. Aktuelle rezessive Tendenzen werden durch staatliche Wirtschaftspolitik eher verlängert, um Forderungen nach höheren Löhnen und armutsfesten Sozialleistungen den Boden zu entziehen. Angesichts struktureller Veränderungen der Weltwirt-

schaft, die das deutsche Exportmodell beschädigen, und kostspieliger Aufrüstung rückt die nachhaltige Stärkung der Positionen des Kapitals in den Vordergrund.

Heinz Bontrup stellt die aktuellen Wachstumsprobleme in einen historischen Kontext. Die Krisenauslöser (Corona-Krise, Ukrainekrieg, Energieverteuerung) treffen auf eine durch den Neoliberalismus zerrissene Gesellschaft, die die Grundlagen eines produktivitätsorientierten Wachstums untergraben haben. Die von Kritikern dieser Entwicklung vorgebrachten Vorschläge verharren meist auf der Erscheinungsebene. Nur wenn die Funktionslogik des Kapitalismus hinterfragt wird, könnten sinnvoll Alternativen zum neoliberalen Paradigma entwickelt werden. Für *Wilfried Kurtzke* hängen die aktuellen Probleme der deutschen Wirtschaft v.a. mit der hohen internationalen Verflechtung zusammen. Diese beinhaltet eine ausgeprägte Abhängigkeit von Exporten, Importen und Auslandsinvestitionen. Dieses Geschäftsmodell ist in einer Welt von geopolitischen Konflikten, Zollkriegen und Deglobalisierung nicht länger haltbar. Notwendig ist ein strukturell anderer wirtschaftlicher Entwicklungspfad, für den ein umfassender ökologischer Umbau möglicherweise Ansatzpunkte bieten könnte. *Malte Kornfeld* setzt sich mit einigen gängigen Erklärungsmustern für die angebliche deutsche Wettbewerbsschwäche wie bürokratische Überregulierung und Fachkräftemangel auseinander. Auf der Basis empirischer Daten zeigt er, dass solche Behauptungen mit der Realität wenig zu tun haben. Ursache der im europäischen Vergleich schwachen Wachstumsziffern sei eine Wirtschaftspolitik, die durch kontraproduktive Sparpolitik darauf abzielt, mittelfristig die Verwertungsbedingungen des Kapitals zu verbessern.

Die eingangs skizzierten geopolitischen Umbrüche finden ihren vielleicht ausgeprägtesten Ausdruck in der Rüstungs- und Sozialpolitik. *Jürgen Wagner* gibt einen Überblick zum Ausbau des militärischen Potentials der BRD und die Pläne zum Umbau der Rüstungswirtschaft, die Deutschland zu rüstungswirtschaftlicher Führungsfähigkeit und zu »Kriegstüchtigkeit« verhelfen sollen. Die Ausweitung der Militärausgaben wird ungeniert unter Verwendung der Nazi-Parole »Kanonen statt Butter« auf Kosten der Sozialhaushalte betrieben. *Christoph Butterwegge* attestiert entsprechend eine finanz-, arbeitsmarkt- und sozialpolitische Zeitenwende. Durch Spardiktat und Schuldenbremse zeichnen sich stärkere Einschnitte bei Sozialleistungen ab, die als erste Schritte in Richtung eines autoritären Sozialstaates verstanden werden können.

Die Online-Diskussion zu Z 139 findet am 29. September ab 20:00 Uhr live auf dem Kanal von 99 zu eins statt;
Vorankündigung / Zugang siehe linktr.ee/marxistischeerneuerung sowie youtube.com/c/99ZUEINS

Die Wahlen zum EU-Parlament vom Juni haben eine deutliche Rechtsverschiebung gebracht. *Cornelia Hildebrandt* kommentiert das Ergebnis und konstatiert, dass die europäischen Linksparteien weiter in der Defensive verharren, die deutsche Linke sogar ein »Desaster« erlebte. *Gerd Wiegand* und *John Lütten* analysieren das Wahlergeb-

nis mit Blick auf die deutschen Verhältnisse. Es habe sich eine krisenhafte Grundstimmung unter den Wählenden gezeigt, die sich zum Teil rechtslastig artikuliert. Die Linke habe die Friedensfrage vernachlässigt, ein schwerer strategischer Fehler.

Peter Schadt setzt seine Artikelfolge zu Künstlicher Intelligenz (KI) mit einem Beitrag über den »antagonistischen Charakter« von »Cyber-Sicherheit« fort. Es geht dem Staat unter diesem Label keineswegs nur um Sicherheit vor Cyber-Angriffen, sondern auch um die Fähigkeit, selbst als Element von »Sicherheitspolitik« Cyber-Angriffe ausführen zu können. In der Rubrik *Marx-Engels-Forschung* berichtet *Babak Amini* über die Verbreitung des Marx'schen »Kapital« in Großbritannien und den USA bis 1919. Die von Engels redigierte englische Übersetzung des ersten Bandes erschien 1887. Der Absatz war stark von der politischen Konjunktur der sozialistischen Bewegung abhängig. Die erste autorisierte amerikanische Fassung erschien erst zwanzig Jahre später.

John P. Neelsen untersucht die Rolle der BRICS-Staaten im kapitalistischen Welt-system. Er diskutiert, inwiefern die Staaten des globalen Südens den Weg zu einer multipolaren Weltordnung öffnen können und inwiefern diese neue Konstellation den traditionellen Imperialismus schwächt oder neue imperialistische Frontstellungen eröffnet. Im zweiten Teil seines Aufsatzes zu Grundzügen einer marxistischen Kunstsoziologie analysiert *Jens Kastner* zunächst das Kunstpublikum, dessen Herausbildung seit der Renaissance Kunst zu einer öffentlichen Angelegenheit werden ließ. Er geht auf die Entwicklung der Kunst als Institution ein und wendet sich dem für marxistische Kunstsoziologie zentralen Feld der Spannung zwischen Autonomieanspruch und Interventionsabsicht zu. *Meinhard Creydt* diskutiert Maßstäbe von Lebensqualität und gutem Leben aus einer philosophisch-psychologischen Perspektive. Er formuliert vier Momente eines guten Lebens: Gesellschaftliches Verständnis von Arbeit und Tätigkeit, Interesse an wechselseitiger Entwicklung und Bildung, autonome Gestaltungsfähigkeit und demokratische Wirkungsmöglichkeit im sozialen Gefüge. Eine »Gesellschaft des guten Lebens« müsse sich nicht zuletzt daran messen lassen, inwieweit es ihr gelingt, weiterbestehende Heteronomiesphären mit dem guten Leben zu durchdringen. *Günter Benser* informiert über Geschichte, wechselnde Aufgabenstellungen und Positionierung der seit 65 Jahren in Berlin erscheinenden Zeitschrift »Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung« (BzG).

Aus der Redaktion: Z 140 (Dezember 2024) wird u.a. Beiträge zur politischen Rechtsentwicklung von der diesjährigen »Marxistischen Studienwoche« enthalten sowie zur Lage der Linken, zu Kuba, zum Gesundheitswesen der BRD, zu antimuslimischem Rassismus u.a.m.